

Neuer Giftskandal in Niedersachsen?

Nach Mönchehagen kommt Wiedenbrügge

Industrieabfälle wurden auf Hausmülldeponie gebracht / Vorwürfe gegen Landkreis Hannover als Betreiber / Giftige Stoffe festgestellt / Ehemaliger Platzwart als Zeuge / Steinhuder Meer bedroht?

Hannover/Wiedenbrügge (nrp).- Nach Mönchehagen köchelt in Niedersachsen nun ein zweiter Giftmüll-Skandal hoch. Nicht nur Hausmüll sondern auch giftige Industrie-Abfälle sollen auf einer Kippe in Wiedenbrügge (Schaumburg) entsorgt worden sein. In den Proben, die ein Ingenieur-Büro im Auftrag der "Arbeitsgemeinschaft Bürger gegen Hausmüll" gezogen hatten, fanden sich Cyanide, Arsen und Benzol. Im austretenden Wasser wurde Arsen, Methan, Quecksilber, Blei, Nickel und Zink in bedenklichen Mengen festgestellt. Nachdem die Arbeitsgemeinschaft diese Vorwürfe schon vor einigen Wochen erhoben hatte, ging sie am Freitag in Wiedenbrügge noch einmal an die Öffentlichkeit. Als Zeitzeuge dabei: Heinrich Buhre, von 1974 bis 1980 Platzwart auf der Deponie, die bis 1987 vom Landkreis Hannover betrieben wurde.

Er habe in seiner Zeit fast täglich beobachtet, daß Containerfahrzeuge eines Großanlieferers auf die Deponie fahren und Müll abladen, die aus der chemischen Produktion stammten, erklärte Buhre. Die Firma hatte einen eigenen Schlüssel für das Tor und lud oft nach Feierabend ab. Laut Anweisung seiner Vorgesetzten bei der Abfallentsorgungsgesellschaft des Landkreises Hannover, durften diese Fahrzeuge nicht zurückgewiesen und brauchten nicht kontrolliert zu werden. Zwei Flaschen mit übelriechender Flüssigkeit habe er 1977 geborgen, die den Aufkleber der Seelzer Chemiefirma Riedel-de Haen trugen, berichtete der ehemalige Platzwart. Schon Jahre zuvor hatte Buhre, der neben der Deponie wohnte, ein rätselhaftes Fischsterben in seinen Teichen festgestellt.

Einen schwerwiegenden Vorwurf erhebt die Arbeitsgemeinschaft: Auch die Überwachungsbehörden beim Landkreis hätten von diesen Giftmüll-Transporten gewußt.

Die Abfallentsorgungsgesellschaft zieht die Glaubwürdigkeit des Platzwartes in Zweifel und erklärte, daß im Falle Riedel-de Haen nur gereinigte Flaschen angeliefert wurden. Allerdings räumte Geschäftsführer Lothar Thomas ein, daß die Deponie sanierungsbedürftig sei, da die Tonschicht nicht ganz dicht halte. Sollten die Vorwürfe der Arbeitsgemeinschaft und von Platzwart Buhre stimmen, muß die Sanierung schnell über die Bühne gehen. Denn Grundwasser und das nahegelegene Steinhuder Meer wären von erheblichen Verseuchungen bedroht.

Müllverbrennung auf See noch jahrelang?

FDP-Appell an den Wirtschaftsminister

Hannover/Emden/Borkum (dpa). Gegen die Verbrennung von Giftmüll auf der Nordsee hat sich gestern die niedersächsische Landtagsfraktion der FDP gewandt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Walther Graetsch appellierte an Wirtschaftsminister Walter Hirche, die dazu erforderliche Umschlaggenehmigung nicht zu erteilen. Außerdem soll Hirche Umweltminister Werner Remmers (CDU) dringend bitten, die umweltrechtlichen Genehmigungen für ein solches Verfahren nicht aufrecht zu erhalten.

Für den Geschäftsführer der „Gesellschaft für die Verbrennung zur See“ (GVS), Karl-Heinz Decker (Duisburg), steht fest, daß auch in den kommenden Jahren Sondermüll mit Chlorkohlenwasserstoffen (CKW) über der Nordsee verbrannt wird. Eine ökologisch und wirtschaftlich vertretbare Alternative gebe es derzeit nicht. Schließlich hänge die Existenz von 2500 bis 3000 mittelständischen Betrieben in der Bundesrepublik an dieser Art der Abfallentsorgung, betonte er gegenüber dpa.

Umweltschützer, die Grünen, die Stadt Emden und die sieben ostfriesischen Inseln sehen das anders. Sie wollen das Vorhaben zu Fall bringen. Die Entscheidung, ob künftig im Hafen von Emden flüssiger Giftmüll aus einem Binnenschiff in das GVS-Verbrennungsschiff „Vesta“ umgefüllt wird, liegt jetzt bei der Regierung Albrecht.

Viel Zeit bleibt nicht. Die GVS will bereits Anfang Oktober mit dem Umschlag in Emden beginnen. Die Genehmigung für eine Verschiffung über den belgischen Hafen Antwerpen läuft am 4. Oktober aus. Gutachten des Emdrer Hafenamtes und der Hamburger Seeberufsgenossenschaft haben nach Angaben beteiligter Behörden keine Bedenken ergeben. Eine Stellungnahme des Deutschen Hydrographischen Instituts in Hamburg (DHI) wird erwartet. Die DHI erkundet, ob eine Entsorgung an Land möglich ist, bevor es der Verbrennung auf See zustimmt. Eine Land-Alternative halten Experten jedoch für wenig wahrscheinlich.

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann (SPD) bekräftigt für Emden die grundsätzlichen Bedenken des Rates. Man wolle nicht „Drehscheibe“ für Giftmüll werden. Die Emdrer berufen sich dabei auch auf einen Brief von Umweltminister Werner Remmers vom November 1987. Darin heißt es im Namen der Landesregierung, es sei „nicht beabsichtigt, Emden als Umschlaghafen für die Seeverbrennung vorzusehen“.

Aus der Sicht des Ministeriums können die Ministerworte nur im Zusammenhang mit dem geplanten Bau einer Hochtemperaturverbrennungsanlage (HTVA) in der Hafenstadt verstanden werden. Nachdem hartnäckiger Widerstand der Stadt die HTVA-Pläne zur Fall brachten, sei auch der Remmers-Brief gegenstandslos, erläuterte ein Ministeriumssprecher.

Der Gegenwind von den Inseln wird von den Interessen des regionalen Fremdenverkehrs

bestimmt. Nach den Worten des Stadtdirektor von Borkum, Gerhard Müller, paßt die blaue Euroflagge, mit der seine Inseln in diesem Jahr für Umwelanstrengungen ausgezeichnet wurde, nicht zu einer giftigen Rauchfahne aus Verbrennungsschiffen. Schließlich lebe der Fremdenverkehr von einer sauberen Luft über der Nordsee. Warum, fragt Stadtdirektor Müller, läßt sich die Giftbrühe nicht bei den großen Herstellern zwischenlagern, bis ein Verfahren für die umweltverträgliche Verwertung gefunden ist.

Bis zum 38 000 Tonnen CKW-haltigen Abfall pro Jahr will die GVS über Emden verschiffen. Das geht nach Auskunft des Umweltministeriums aus einer „Voranfrage“ hervor. Wieviele Tonnen es tatsächlich werden, kann GVS-Geschäftsführer Decker nur schätzen. „Zwischen 25 000 und 30 000 Tonnen“ erwarte er. Diese Menge könne sich jedoch in den kommenden Jahren verdoppeln, wenn zusätzliche Entsorgungswege neben der Seeverbrennung im Ausland verstopft würden.

Die Bedenken der Ostfriesen gegen die Seeverbrennung hält Decker für überzogen. Schließlich werde das Verfahren seit 17 Jahren praktiziert. Gutachten belegten, daß Gefahren davon nicht ausgingen. Streiten könne man lediglich darüber, ob das Verbrennungsgebiet, die Doggerbank, optimal sei.

Eine letzte Hoffnung, das Projekt in Emden dennoch zu verhindern, knüpfen die Gegner an den aus ihrer Sicht lädierten Ruf des GVS-Partners in Emden, der Frisia-Erdölwerke. Eine Zuverlässigkeitsprüfung könne nicht übersehen, daß Frisia seit Jahren im Verdacht stehe, ungenehmigt giftige Abfälle auf dem Betriebsgelände beseitigt zu haben.

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in Aurich bestätigte auf Anfrage, daß bereits am 15. Juli 1986 Anklage gegen insgesamt sechs Frisia-Mitarbeiter unter anderem wegen umweltgefährdender Abfallbeseitigung und wegen Gewässerunreinigung bei einer großen Strafkammer des Landgerichts Aurich erhoben wurde. Entschieden ist über die Eröffnung eines Hauptverfahrens vor dem Landgericht bisher nicht. Mit einer Entscheidung sei jedoch noch vor Jahresende zu rechnen.

Für den Fall, daß die Emdrer Pläne wider Erwarten scheitern, hat die GVS bereits über Auswege nachgedacht. Dazu zählt nach Auskunft von Geschäftsführer Decker auch eine Schiff-zu-Schiff-Verladung im Bereich der Bundeswasserstraßen bei Borkum.

Auch Kreis-CDU läßt Vajen fallen

Einstimmiger Beschluß in Zeven

Zeven (bko). Mehr und mehr seiner CDU-Parteifreunde ziehen sich von dem durch seinen Republikaner-Flirt erneut in die Schlagzeilen geratenen Kurt Vajen zurück. Jetzt vollzog auch die christdemokratische Fraktion im Landkreis Rotenburg diesen Schritt. Sie habe einstimmig beschlossen, Vajen aus der Arbeit im Kreistag auszuschließen, sagte gestern ihr Vorsitzender, der Landtagsabgeordnete Wilhelm Brunkhorst in Zeven. Die Fraktion werde den vor Jahresfrist als Wahlfälscher verurteilten Landwirt aus Wensebrock, Samtgemeinde Bothel, auch drängen, alle seine Ämter in den Fachausschüssen niederzulegen. Seit Sonnabend läuft gegen Vajen auf Lanesebene das Parteiausschlußverfahren.

Bedauern und Erleichterung hielten sich gestern in allen Stellungnahmen der CDU-Kreistagsfraktion die Waage. Bedauern darüber, daß der Parteifreund alle guten Ratschläge nicht angenommen habe; Erleichterung, weil die übrigen, im Rotenburger Kreishaus nach wie vor in der Mehrheit befindlichen Christdemokraten nun wieder hoffen, an die politische Arbeit gehen zu können.

In der Übereinstimmungserklärung Vajens mit den Republikanern nach dem Treffen mit deren Bundesvorsitzenden Schönhuber sah Fraktionschef Brunkhorst den Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Mit Blick auf die vorausgegangenen Querelen mit dem eigenwilligen CDU-Politiker meinte er: „Jetzt hat sich Entscheidendes geändert.“

Der kalendarische Zufall will es nämlich, daß genau heute vor einem Jahr die CDU-Kreistagsfraktion mit 19 von 23 Stimmen beschloß, Kurt Vajen aus ihrer Mitte herauszudrängen. Seitherzeit ging es den CDU-Kollegen um Vajens Trunkenheit am Steuer. Vajen berief sich damals auf seinen Status als Abgeordneter im niedersächsischen Landtag. Als er drohte, mit seinem Rückzug aus Hannover die Ein-Stimmen-Mehrheit — und damit damals auch noch das Sagen im Bundesrat — zu kippen, nahmen die Kreispolitiker ihren gestern nun doch bekräftigten Beschluß auf Drängen der Landesregierung umgehend, aber mit knappter Mehrheit zurück. Von der Verurteilung als Wahlfälscher sprachen sie nicht.

Für den CDU-Kreisvorsitzenden Carl-Detlev von Hammerstein und seine Kollegen ist es „wahrscheinlich, daß sich Vajen nicht völlig aus der kommunalpolitischen Arbeit zurückziehen wird“ — auch wenn Fraktionschef Brunkhorst das wünscht. Von Hammerstein wollte den „Fall Vajen“ auch auf der CDU-Kreisvorstandssitzung am Dienstagabend diskutiert wissen. Im Vorfeld kündigte er an, daß der Parteivorstand auf Kreisebene sich mit großer Mehrheit gleichfalls von Kurt Vajen lossagen werde. Wörtlich sagte der Kreisvorsitzende: „Ich gehe davon aus, daß der Vorstand Vajen auffordern wird, sein Mandat in unserem Gremium niederzulegen und auch auf kommunaler Ebene als Ortsverbandsvorsitzender in Brockel (Samtgemeinde Bothel) zurückzutreten.“ Vor einigen Monaten war es dort wegen der Vajen-Affäre zu Neuwahlen gekommen, doch der Noch-Landtagsabgeordnete verbuchte sogar noch Stimmengewinne. Nun heißt es, daß auch an der Basis in Brockel die Sympathien für Vajen allmählich bröckeln.

„Angst um Leben und Gesundheit“

Emden (Ini). Der Betriebsrat des Volkswagenwerkes in Emden hat sich den Protesten gegen einen geplanten Giftmüllumschlag im Emdener Hafen angeschlossen. In einem offenen Brief an Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) wendet sich der Betriebsrat gegen Atommülltransporte über den ostfriesischen Hafen sowie gegen militärische Tiefflüge.

In dem am Dienstag veröffentlichten Schreiben heißt es, die Belegschaftsvertretung fürchte um Leben und Gesundheit der Beschäftigten des VW-Werks. Hersteller sollten verpflichtet werden, unvermeidbare giftige Reststoffe aus der Produktion zurückzunehmen, umweltverträglich zu lagern und zu verwerten.

Mit Sorge beobachte der Betriebsrat außerdem militärische Tiefflüge über dem Werk. „Wieviele Menschen müßten sterben“, wenn ein Flugzeug einen Flüssiggasterminal streife, der wenige dutzend Meter neben den Produktionshallen des VW-Werks liegt, fragt der Betriebsrat in seinem Protestbrief.

Remmers: Giftmüllentsorgung nicht im Sonderangebot

Hannover (nrp).- Die Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall (NGS) ist durch ihre unwirtschaftlich arbeitende Tochter, die Sondermülldeponie Hoheneggelsen (SDH), in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten. Umweltminister Dr. Werner Remmers bestätigte am Donnerstag vor dem Niedersächsischen Landtag, daß 1988 in Hoheneggelsen Verluste in Höhe von 12,8 Millionen DM aufgelaufen sind und die geplante Einlagerungsmenge von 80 000 Tonnen Müll nur zur Hälfte erreicht werden konnte. Remmers betonte, daß vor allem der hohe Preis, die Sicherheitsauflagen und auch die Ausgrenzung verschiedener Stoffe dazu geführt habe, daß sich die Industrie an andere Deponien der Bundesrepublik und der DDR gehalten habe. Ein zusätzlicher Kapitalbedarf entstehe jedoch erst dann, wenn auch für 1989 das Mengenplanziel nicht erreicht werde. Auf den Vorwurf, die Preise zu hoch zu halten, betonte der Minister, daß das Ziel, schwergiftigen Müll zu vermindern oder ganz zu vermeiden, nicht dadurch torpediert werden dürfe, daß der Staat die Giftmüllentsorgung besonders preiswert gestalte. Nachdrücklich beklagte Remmers die anhaltende Tendenz der Stadtstaaten, sich ihres Sondermülls auf die billigste Art, nämlich auf der DDR-Deponie Schönberg, zu entledigen.

(20 Zeilen)

Wohin mit dem Sondermüll? Emden will nicht Drehscheibe sein

Entscheidung liegt jetzt bei der Landesregierung – Gegner hoffen auf schlechten Ruf

Von **Manfred Protze**

Emden/Borkum. Streit um die Verbrennung von Sondermüll auf See: Bereits Anfang Oktober will die „Gesellschaft für die Verbrennung zur See“ (GVS) in der ostfriesischen Stadt Emden mit der Beladung ihres Verbrennungsschiffes „Vesta“ beginnen. Pro Jahr bis zu 38 000 Sondermüll mit Chlorkohlenwasserstoffen (CKW) will die GVS über Emden verschiffen, die dann im Gebiet der Doggerbank zwischen Dänemark und England verbrannt werden sollen.

Die Stadt Emden, die sieben ostfriesischen Inseln ebenso wie Umweltschützer und Grüne wollen das Vorhaben zu Fall bringen. Und auch die Landtagsfraktion der FDP hat sich gestern in Hannover gegen die

Verbrennung auf See ausgesprochen.

Man wolle nicht „Drehscheibe“ für Giftmüll werden, sagt Emdens Oberbürgermeister Alwin Brinkmann (SPD). Die Inseln sind in Sorge um den Fremdenverkehr, der schließlich von einer sauberen Luft über der Nordsee lebe. Warum, fragt Borkums Stadtdirektor Gerhard Müller, läßt sich die Giftbrühe nicht bei den großen Herstellern zwischenlagern, bis ein Verfahren für die umweltverträgliche Verwertung gefunden ist.

Doch für GVS-Geschäftsführer, Karl-Heinz Decker (Duisburg), steht fest, daß es zur Sondermüll-Verbrennung auf See derzeit keine ökologisch und wirtschaftlich vertretbare Alternative gebe. Schließlich hänge

die Existenz von „2500 bis 3000 mittelständischen Betrieben“ in der Bundesrepublik von dieser Art der Abfallentsorgung ab. Bisher wurde der Sondermüll über Antwerpen verschifft. Die Genehmigung hierfür läuft am 4. Oktober aus. Die Bedenken der Ostfriesen gegen die Seeverbrennung hält Decker für überzogen. Schließlich werde das Verfahren seit 17 Jahren praktiziert. Gutachten belegten, daß Gefahren davon nicht ausgingen.

Die Entscheidung, ob künftig im Hafen von Emden flüssiger Giftmüll aus einem Binnenschiff in die „Vesta“ umgefüllt wird, liegt bei der niedersächsischen Landesregierung. Gutachten des Emdener Hafenamtes und der Hamburger Seeberufsgenossenschaft haben nach Angaben beteiligter Behörden kei-

ne Bedenken ergeben. Eine Stellungnahme des Deutschen Hydrografischen Instituts in Hamburg (DHI) wird erwartet. Das DHI erkundet, ob eine Entsorgung an Land möglich ist, bevor es der Verbrennung auf See zustimmt.

Die Emdener berufen sich auf einen Brief von Umweltminister Werner Remmers vom November 1987. Darin heißt es im Namen der Landesregierung, es sei „nicht beabsichtigt, Emden als Umschlaghafen für die Seeverbrennung vorzusehen.“ Aus der Sicht des Ministeriums kann das aber nur im Zusammenhang mit dem ursprünglich geplanten Bau einer Hochtemperaturverbrennungsanlage (HTVA) in der Hafenstadt verstanden werden. Nachdem hartnäckiger Widerstand der Stadt

die HTVA-Pläne zu Fall brachten, sei auch der Remmers-Brief gegenstandslos.

Eine letzte Hoffnung, das Projekt in Emden dennoch zu verhindern, knüpfen die Gegner an den aus ihrer Sicht lädierten Ruf des GVS-Partners in Emden, der Frisia-Erdölwerke. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in Aurich bestätigte, daß bereits am 15. Juli 1986 Anklage gegen insgesamt sechs Frisia-Mitarbeiter unter anderem wegen umweltgefährdender Abfallbeseitigung und wegen Gewässerverunreinigung beim Landgericht Aurich erhoben wurde. Entschieden ist über die Eröffnung eines Hauptverfahrens vor dem Landgericht bisher nicht. Mit einer Entscheidung sei jedoch noch vor Jahresende zu rechnen.



ansiedlung feiern zu können, die in den letzten Jahren möglich war“. In das Institut für die Chemie und Biologie des Meeres und das Zentrum Terramare seien mehr als 40 Millionen DM investiert worden. Der Ausbau des Instituts, das auf dem Schwerpunkt in der Wattenmeer-, Flachmeer- und Meeresumweltforschung basiere und durch eine Reihe von Instituten an der Küste ergänzt werde, gehe „zügig“ voran, Stellen und Sachmittel seien in den Haushalten festgeschrieben.

Weitere Institutsvorschläge prüfe das Ministerium noch. Ein neuer Schwerpunkt zeichne sich seiner Einschätzung nach im Fachbereich Informatik ab. Überlegungen hinsichtlich der Schwerpunkte „Bürokommunikation“ und „Sichere Software“ flössen zur Zeit in einen konkreten Konzeptentwurf für ein Institut „Offis“ sein. Auch hier werde zusätzliche Forschungsqualität entstehen, versichert das Ministerium. Seine abschließende Prognose: „Die Universität Oldenburg hat im Zusammenwirken mit der Landesregierung große Zukunftschancen. An ihr selbst liegt es, durch hervorragende Leistungen im Studienangebot Zeichen für den weiteren Ausbau zu setzen“.

**Es endet,
wie es begann**

Es endet, wie es 1976 begann: Ministerpräsident Albrecht (CDU) als Chef einer Minderheits-Regierung. Mit einem, wenngleich entscheidenden, Unterschied. Während Albrecht damals zu Recht eine Aufstiegsphase erwarten konnte, die ihn dann auch Anfang der 80er Jahre auf den Höhepunkt seiner politischen Macht brachte, weist die Kurve inzwischen bereits seit Jahren beharrlich nach unten, jetzt in den Verlust der parlamentarischen Mehrheit zu münden. Die Regierung Albrecht ist am Endpunkt, wie verbissen auch immer sie um die verbliebene Macht kämpft.

Das Land ist in einer politischen Krise. Den Ausweg zeigt die Verfassung. Das politische Patt zwischen Koalition und Opposition macht den Landtag handlungs- und damit entscheidungsunfähig. Eine klassischere Begründung für vorgezogene Neuwahlen gibt es nicht. Denn wenn das Parlament seinen Auftrag nicht mehr erfüllen kann, ist der Souverän, also der Wähler, gefordert, die Handlungsfähigkeit wieder herzustellen. Der Regierungsauftrag für CDU und FDP aus der Wahl 1986, mit dem beide Fraktionen vorgezogene Wahlen abzuwehren versuchen, besteht nicht mehr. Er ist durch den Mehrheits-Verlust hinfällig.

Die Agonie eines Landtages, den Haushalt verabschiedet, damit Investitionen in Milliardenhöhe blockiert und so negative wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Wirkungen für das Land auslöst, kann niemand ernsthaft wollen. Auch die Koalition nicht. Sie wird nach einer Schonfrist einlenken. Die Macht des Faktischen erzwingt eine begrenzte Zusammenarbeit zwischen Koalition und SPD-Opposition.

Harald Birkenbeul, Hannover

Haushaltsentwurf 1990 eingebracht

Wohnungsbau und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorrangig

Hannover (Ini). Finanzministerin Birgit Breuel (CDU) hat am Mittwoch im Landtag in Hannover den Haushaltsentwurf für 1990 eingebracht. Er sieht ein Volumen von 31,2

Milliarden Mark vor, eine halbe Milliarde Mark mehr als 1989. Neue Schulden sind in Höhe von 1,9 Milliarden Mark vorgesehen, die Investitionsquote soll bei 13 Prozent liegen.

Die Finanzministerin sagte, die Neuverschuldung liege 1990 unter der Zwei-Milliarden-Mark-Grenze. Bis 1999 wolle die Landesregierung die Netto-Neuverschuldung auf Null bringen.

Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs sind unter anderem Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der Wohnungs- und Städtebau.

Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und für flankierende Maßnahmen stünden in den nächsten Jahren 1,1 Mil-

liarden Mark zur Verfügung.

Breuel sprach von einem bedarfsgerechten und zukunftsweisenden Haushalt. Sachliche Argumente für eine Ablehnung seien nicht gegeben. Wer dem Haushalt aus parteitaktischen Gründen seine Zustimmung versage, handele gegen die Interessen der Bürger, sagte die Ministerin.

Nach dem Austritt des CDU-Abgeordneten Kurt Vajen aus der Fraktion gibt es im Landtag zwischen der Regierungskoalition aus CDU und FDP und der

Opposition von SPD und Grünen ein Patt. Deshalb ist noch offen, ob der Haushalt wie geplant im November verabschiedet werden kann.

Das Kabinett von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) könnte zwar durch eine in der vorläufigen niedersächsischen Verfassung vorgesehenen Ermächtigung die Verwaltungsgeschäfte aufrechterhalten und begonnene Vorhaben fortsetzen. Neue Projekte könnten aber nicht in Angriff genommen werden.

Freie Demokraten appellieren an FDP-Minister

Keine Verbrennung von Giftmüll auf der Nordsee

Hannover (AP/Ini) Gegen die Pläne der niedersächsischen Landesregierung, auf der Nordsee die Verbrennung von Giftmüll zuzulassen, haben sich die in Hannover mitregierenden Freien Demokraten gewandt. Die Seeverbrennung gefährde die Pläne der Regierung zur Sanierung der Nordsee, erklärte der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Walter Graetsch am Mittwoch in Hannover. Er appellierte an den FDP-Wirtschaftsminister Walter Hirche, keine Genehmigung für den Umschlag des Giftmülls im Hafen von Emden zu erteilen.

Umweltminister Werner Remmers solle zugleich die umweltrechtlichen Genehmigungen für die Seeverbrennung zu-

rückziehen. Da die Genehmigung zum Umschlag von Giftmüll im Hafen von Antwerpen zum Oktober auslaufe, müsse die umweltschädliche Seeverbrennung schon vor ihrem Verbot im Jahre 1993 gestoppt werden, sagte Graetsch. Die FDP setze sich deshalb für den Bau eines Zwischenlagers und von Hochtemperatur-Verbrennungsanlagen an Land ein.

Protest auch bei VW

Inzwischen hat sich auch der Betriebsrat des Volkswagenwerkes in Emden den Protesten gegen einen geplanten Giftmüllumschlag im Emdener Hafen angeschlossen.

Giftmüll-Resolution des SPD-Unterbezirks:

Der Industrie den teuren Entsorgungsweg zumuten

Solidarität der Emdener Christdemokraten bei Abstimmung im Landtag in Frage gestellt

hro **Emden**. Nach der Ratsfraktion hat auch der Unterbezirk der Emdener SPD eine Resolution gegen den Giftmüllumschlag über den Emdener Hafen zur anschließenden Seeverbrennung verabschiedet. Unterbezirksvorsitzender Johann Bruns stellte gleichzeitig die Solidarität der Emdener CDU in Frage. Sie habe in der Sache eine Nagelprobe zu bestehen.

Die Emdener Sozialdemokraten halten es für widersinnig, das Wattenmeer unter besonderen

Schutz zu stellen, gleichzeitig aber auf See Giftmüll mit unvermeidlichen Umweltschäden zu verbrennen. Es sei unverständlich und verwerflich, daß die CDU/FDP-Landesregierung die Seeverbrennung anbiete. Solche Politik gehe rücksichtslos mit dem Lebensraum von Tieren und Pflanzen um und bedrohe in hohem Maße die Existenzgrundlage der vom Fremdenverkehr lebenden Menschen an der Küste.

Der teurere Entsorgungsweg,

den Giftmüll bis 1994 zwischenzulagern, müsse der Industrie zugemutet werden, um die Nordsee zu schützen, beschlossen die Sozialdemokraten weiter. Sie rufen alle Organisationen auf, sich an Protestaktionen zu beteiligen.

Die Abgeordneten der CDU und der FDP aus Emden und Ostfriesland forderte Unterbezirksvorsitzender Johann Bruns auf, gemeinsam mit den Abgeordneten seiner Partei und der Grünen im Landtag gegen die Absichten der Landesregierung zu stimmen.

Die Emdener CDU habe öffentlich bekundet, gegen den Giftmüllumschlag über den Emdener Hafen zu sein. Im Landtag sei am 1. Juni über einen entsprechenden Antrag der Grünen, den auch die SPD unterstützt habe, abgestimmt worden. SPD und Grüne seien wegen einer Stimme unterlegen, weil die Emdener CDU-Abgeordnete Brigitte Stoll, gegen den Antrag gestimmt habe.

Die Emdener CDU müsse sich entscheiden, ob sie ein ernsthafter Mitstreiter sein will im

Kampf gegen die Seeverbrennung, „oder ob sie die Emdener Bevölkerung veräppeln will“, so Bruns wörtlich. Die SPD werde den Antrag, der am 14. Juni keine Mehrheit fand, neu in den Landtag einbringen. „Dann müssen die CDU-Abgeordneten auch aus Emden Farbe bekennen, ob sie die Solidarität mit ihrer Heimat über die Solidarität in einer abgewirtschafteten Koalition stellen wollen oder nicht. Das ist die Nagelprobe, die wir der Sache wegen der Emdener CDU nicht ersparen können“.

Gute Wünsche zum 100. Geburtstag

Ini/vwd Hannover. Viele gute Wünsche wurden gestern dem Genossenschaftsverband Niedersachsen (GVN) zu seinem hundertjährigen Bestehen zuteil. Bei einem Festempfang in Hannover würdigte Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) die Arbeit dieser Institution. Sie habe im Verlaufe ihrer

Geschichte maßgeblich dazu beigetragen, die genossenschaftlichen Unternehmen zu einem wichtigen Faktor der Volkswirtschaft und der Gesellschaft zu machen.

Nachdrücklich setzte sich Hirche dafür ein, daß der Genossenschaftsgedanke auch künftig nicht seine Kraft verliere. Es müsse alles getan werden, daß diese Idee der EG-Harmonisierung nicht zum Opfer falle, sagte er.

Verbandsausschußvorsitzen-

der, Minister a.D. Wilfried Haselmann, erklärte, die Arbeit in den Ortsverbänden des GVN habe sich bewährt.

Dem Genossenschaftsverband Niedersachsen gehören 950 Primärgenossenschaften an, davon 234 Banken mit einer Bilanzsumme von knapp 29 Milliarden DM. Die Waren-, Milch- und Viehgenossenschaften hatten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von fast sechs Milliarden DM erzielt.



Oppositionschef Schröder in Langelsheim: FDP im Landtag soll Neuwahlen erwirken - Diskussion über Müllheizkraftwerk

„Müllverbrennung nur unter hohen Temperaturen“

LANGELSHEIM/HANNOVER.

Landespolitik beherrschte die Rede des niedersächsischen SPD-Oppositionsführers Gerhard Schröder gestern mittag vor dem Langelsheimer Rathaus: der Ärger im Regierungslager um den CDU-Landtagsabgeordneten Kurt Vajen und seine politische Nähe zu den rechtsradikalen Republikanern. Lokalpolitik dagegen dominierte die kurzen Gespräche, die Schröder anschließend mit Langelsheimer Bürgern führte: vor allem das Thema Müllverbrennung.

Vor rund 60 Besuchern des SPD-Frühschoppens forderte Schröder vorgezogene Neuwahlen in Niedersachsen, um endlich „einen Strich unter dieses heillose Durcheinander“ zu ziehen. Er appellierte dabei an die Vernunft der FDP im Landtag. Auch nach dem Beschluß des niedersächsischen CDU-Vorstandes, gegen Vajen wegen parteischädigenden Verhaltens ein Parteiausschlußverfahren anzustreben, sei die FDP nicht aus der Verantwortung genommen. Sie müsse sich darüber im klaren sein, daß sie „drauf und dran ist, dem Land Niedersachsen großen Schaden zuzufügen“, wenn sie tatsächlich den Status quo beibehalten wolle.

„Ich finde, daß die ‚FDPisten‘ jetzt beweisen müssen, ob sie seriöse Gesprächspartner bleiben wollen oder nicht, auch für die Zukunft“, betonte Schröder anschließend gegenüber der GZ. Die eigentliche Verantwortung liege jetzt bei der FDP, „weil die CDU

schreib ich ab“ Wenn die FDP ihre Minister aus der Koalition zurückziehe, müsse Albrecht wählen lassen.

Andere Sorgen hatten Langelsheimer Bürger, die dem SPD-Oppositionsführer ihre Bedenken gegen das geplante Müllheizkraftwerk (MHKW) vortrugen. Auf die Position seiner Partei angesprochen, meinte Schröder, man komme derzeit um die Müllverbrennung nicht herum. Gleichzeitig müsse man sich aber Müllvermeidung und Müllverwertung zur Aufgabe machen. Leider seien auf diesem Gebiet in der Vergangenheit Fehler gemacht worden. Jetzt gelte es, entsprechende private oder kommunale Initiativen zu belohnen. „sei es mit Investitionshilfen oder mit Steuererleichterungen“. Diese Umorientierung sei aber nicht kurzfristig zu schaffen, während gleichzeitig die Müllberge wachsen.

Die Hochtemperaturverbrennung von Haus- und Giftmüll könne aber nur „eine Übergangszeit“ sein, räumte der SPD-Oppositionschef ein. Die Emissionen, die bei aller Sorgfalt entstünden, und sei es nur Stickstoff, dürften gerade wegen der drohenden klimatischen Veränderungen nicht auf Dauer in die Umwelt gelassen werden.

Nach Ansicht des Landespolitikers sollte Hausmüll ebenso wie Giftmüll allerdings nur unter hohen Temperaturen verbrannt werden, um Gefahren so weit wie möglich auszuschließen. Dies vor allem, weil so viele unterschiedliche Stoffe im Hausmüll enthalten seien. Lokalbezogen meinte Schröder

dazu wörtlich: „Und da muß man mit denen, die hier die Planung (für das MHKW, die Redaktion) betreiben, auch reden und diskutieren, wieso sie darauf kommen, hier mit niedrigeren Temperaturen als erzielbar und damit

mit größeren Risiken verbrennen zu wollen.“ Kostengründe könnten es nicht sein, weil in dieser Frage gehe es um die Sicherheit der Leute. Schröder versprach, sich über die Problematik in Langelsheim schlau zu machen. öh

eine vorzeitige Landtagsauflösung, die auch die Verfassung in einer Patt-Situation nicht vorsehe. Im Mai nächsten Jahres werde die CDU die Chancen haben können, die er ihr jetzt nicht hinreichend zuschreiben wollte. Auch bei einer Nichtverabschiedung des Etats 1989 werde man keine ernsthaften Schwierigkeiten haben; zu Verzögerungen könne es bei neuen Projekten der Strukturhilfe kommen. Der Landesvorsitzende Hasselmann würdigte die sich stabilisierende Mitgliederentwicklung und den großen Einsatz des Kabinetts, dessen Mitglieder in der Ferienzeit über 300 Veranstaltungen gemacht hätten.

Geißler schon im November "abgemahnt"

(rb) Hannover.- Der CDU-Bundesvorsitzende Kohl hat bereits am 7. November vorigen Jahres den jetzt vor der Ablösung stehenden Generalsekretär Geißler "abgemahnt" und seine Wiederbenennung in Frage gestellt, weil er durch das Vorgehen Geißlers keine hinreichende Vertrauensgrundlage mehr sah. Diese Mitteilung machte im Vorstand der Niedersachsen-CDU Kanzleramtsminister Seiters, der lebhaft die Ablösung Geißlers und damit Kohl verteidigte. Bei der Kohl-Diskussion gab es im Vorstand zwei Gruppen. Die einen, angeführt von den meisten Bundestagsabgeordneten, forderten, daß nach der bereinigenden Aussprache im Präsidium, die auch Albrecht gewürdigt hatte, die Partei sich nun geschlossen hinter Kohl stellen müsse. Andere, nicht zuletzt Vertreter der jüngeren Generation, waren der Meinung, daß es nicht anginge, nun zur Tagesordnung überzugehen. Es müsse zu einem kritischen Parteitag auch auf die Gefahr hin kommen, daß es zu großer Einmütigkeit nicht komme. Es wird dabei bleiben, daß fürs Präsidium wieder Albrecht und Frau Süßmuth kandidieren, für den Bundesvorstand Hasselmann und Frau Breuel.

Deponie: Wirtschaft will Teilwertberichtigung

(rb) Hannover.- Die in der Endlagergesellschaft des Landes (NGS) vertretene Wirtschaft drängt offenbar darauf, mit dem Blick auf die bisherige und absehbare Entwicklung der Einlagerungen in der Deponie Hoheneggelsen, die mehrheitlich der NGS gehört, eine Teilwertberichtigung in Höhe von 40 Mio DM vorzunehmen. Das Land als der Mehrheitsgesellschafter hält dagegen weiterhin die Bilanzhilfe von 20 Mio DM für hinreichend, die das Kabinett der NGS in Aussicht gestellt hatte, um ihr bilanzmäßig die Schwierigkeiten abzunehmen, die sich für sie aus der Übernahme der Verluste der Deponie-Gesellschaft ergeben. Die Bilanzhilfe ist jetzt von der Gesellschafterversammlung akzeptiert worden, doch dürften manche der aus der Wirtschaft kommenden Gesellschafter der NGS nicht bereit sein, sich an ihr zu ihren Anteilen zu beteiligen, so daß für sie das Land die Hilfe leistet. Offenbar ist lange und kontrovers über die Frage diskutiert worden, wann die Deponie auf die 80 000 t Einlagerung kommen könnte zu einem Preis von 350 DM je t, die Voraussetzung für einen halbwegs wirtschaftlichen Betrieb wäre. Sollte es zu einer Teilwertberichtigung kommen müssen, dürfte darüber nach Ansicht des Landes frühestens in Verbindung mit dem Jahresabschluß 1989 zu reden sein.

PERSONEN UND POSITIONEN

(rb).- Wahrscheinlich am Dienstag wird das Kabinett der Absicht von Justizminister Remmers zustimmen, die Vorsitzende Richterin Oltrogge zur Präsidentin des Oberlandesgerichts Celle zu machen.

ZITAT

"Caesaren werden meist von ihren Freunden getötet. Denn sie sind ihre Feinde."

Stanislaw Jerzy Lec

Herausgeber, Verlag und Druck:
Drei Quellen-Verlag GmbH · Schiffgraben 36
3000 Hannover I ☎ (05 11) 81 80 75/76

Redaktion Helmut Rieger Gerichtsstand: Hannover
Bezugspreis mtl. DM 49,-
Erscheinungsweise werktäglich Mo.-Fr.
Z.-Nr. H 2871 B

no rund blick

Jahrgang 1989 / Nr. 171

5. September 1989

Zugunsten von Umweltsteuern

(rb) Hannover.- Auf dem CDU-Bundesparteitag wird es aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Initiativantrag kommen, der u.a. von Finanzminister Frau Breuel und Umweltminister Dr. Remmers ausgeht und Steuern bzw. Abgaben fordert zugunsten der Umwelt. Das soll gelten u.a. für Kunstdünger und für Pflanzenschutzmittel. Der Vorstand der CDU in Niedersachsen hat den Antrag nicht übernommen, weil die Zeit zur Diskussion nicht reichte und es auch erhebliche Bedenken gab bei Dr. Albrecht, Landwirtschaftsminister Ritz und dem Landesvorsitzenden Hasselmann wegen der negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Mit dem Antrag soll sich im Vorfeld des Parteitags noch einmal eine Gruppe befassen, der angehören Frau Breuel, Dr. Remmers, Grill, Dr. Ritz, Oestmann und Pöttering.

Der die Landwirtschaft betreffende Teil ist nur ein kleiner Ausschnitt des Antrags, der im übrigen Abgaben u.a. erhoben sehen will auf Schwefel und auf Co 2 und eine Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer fordert. Umweltfreundliche Investitionen sollen eingeschränkt begünstigt werden, wenn andere Schritte mehr Erfolg bringen würden.

Niedersachsen-Pavillon zum Bundesfest

(rb) Hannover.- Rund eine halbe Mio Besucher aus allen Teilen der Republik werden zu dem Bundesfest und Bürgertag am 23. September in Bonn erwartet, auf dem das 40jährige Bestehen der Bundesrepublik unter breiter Beteiligung der Bevölkerung gefeiert werden soll. An dem Fest beteiligen sich außer Bund und Ländern 50 relevante gesellschaftliche Gruppen bzw. Verbände. Die Bundesbahn wird Sonderzugfahrten zu Fahrpreisen anbieten, wie sie vor 40 Jahren zu bezahlen waren. In der Rheinaue werden jedem Bundesland 90 qm in einem Zelt pavillon zur Verfügung gestellt, dessen Gestaltung der Landesfremdenverkehrsverband übernommen hat. Das Kabinett hat sich mit dem Thema jetzt zu befassen, weil das Bundesratsministerium zur Bestreitung der Kosten 50 000 DM aus dem Verfügungsfonds haben will. Neben dem Pavillon gibt es noch andere niedersächsische Aktivitäten, so einen Überblick über die VW-Geschichte.

Für Münden sprechen nur Strukturgründe

(rb) Hannover.- Eine vom Wissenschaftsministerium und anderen Ressorts vorgenommene Abwägung, ob nicht der forstwirtschaftliche Fachbereich der Fachhochschule Hildesheim/Holzwinden nach Münden verlegt werden sollte, kommt eindeutig zu dem Schluß, daß viele Gründe gegen eine Verlegung sprechen: Zu den ohnehin nötigen 14 Mio DM für einen Neubau für den Fachbereich würden in Münden weitere 9,1 Mio DM und Nebenkosten von 0,6 Mio DM für Einrichtungen kommen müssen, die in Göttingen zusammen mit der forstwissenschaftlichen Fakultät der Universität genutzt werden können; die Hoch-